Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 65. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 16. März 1928

Wahrheit und Klarheit.

Es war in den Jahren nach dem großen Zusammenbruch Deutschlands wirklich kein „reines Vergnügen", in Deutschland Reichswehrminister zu sein. Man weiß, mit welch' unglaublichen Schwierigkeiten einst Noske, der erste Reichswehrminister, zu kämpfen hatte, Schwierigkeiten, die nicht bloß innenpolitischer Natur waren. Es galt, gegen den Ansturm von ganz links her eine Wehrmacht erst zu schaffen, umwittert von dem Mißtrauen der Alliierten, gehemmt auch durch den inneren Widerstand solcher Kreise, die der neuen Republik stärkstes Widerstreben entgegenbrachten. Allzu stark wirkte Tradition, Feindschaft von draußen und drinnen. Nur mit Mühe und in rücksichtsloser Verwendung aller nur möglichen Mittel gelang es, einigermaßen Ordnung zu schaffen, und der Kapp-Putsch bedeutete nur eine vorübergehende Störung, die allerdings Noske vom Sessel des Wehrministers herunterwarf.

Nicht minder groß waren die äußeren und die inneren Schwierigkeiten, denen sein Nachfolger Geßler zu begegnen hatte. Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Friedens hatten den deutschen Wehrgedanken bis ins Mark getroffen und aus der berechtigten Empörung heraus wurde alles versucht, ihn lebendig zu erhalten. Und dabei geschah vieles in dem Bestreben, es vor den argwöhnischen, alles verbietenden Augen der Ententekontrolleure zu verbergen. Wieweit „hinter den Kulissen" dabei das Reichswehrministerium und die Reichswehr beteiligt waren, ist nicht mehr festzustellen, ebensowenig in der nun ganz wirren Zeit des Rhein-Ruhr-Kampfes. Und — es soll auch gar nicht mehr festgestellt werden, weil es sich um Dinge handelt, die jenseits jeder juristisch zu umgrenzenden Schuld und Unschuld lagen. Als damals das Anormale, als der Krieg die Fesseln einfachen Denkens und Handelns sprengte und zu Maßregeln führte oder sie als Abwehr erzwang, die die vorgezeichneten Gleise verließen. Dort liegt ja auch der Ursprung der „Affären", die in den letzten Tagen und Wochen so eifrig erörtert wurden und die zu eingehenden Auseinandersetzungen im Reichstag führten, Dinge, die, wie der jetzige Reichswehrminister äußerte, „weit zurückliegen und deren geistiger und moralischer Ursprung in überwundenen Zeiten zu suchen ist; es sind die letzten Ausstrahlungen von Verwirrungen des Geistes".

Diese Zeit liegt hinter uns, aber nur schwer und langsam gelang es, diese „Ausstrahlungen" allmählich zu überwinden. Alles tut ja die Entente, es uns so schwer wie möglich zu machen. Alles tut sie, uns die Entwaffnung so entwürdigend wie nur irgend denkbar und weit über die ursprünglichen Bedingungen hinaus zu gestalten. Das deutsche Volk mußte es tragen, mußte sich fügen, aber — abgesehen von einem kleinen Kreise — man war doch einhellig in dem Willen, unsere kleine, nur auf die Verteidigung abgestellte Wehrmacht bis zu den äußersten uns gesetzten Grenzen auszugestalten. Daraus ergaben sich allerhand Konfliktsstoffe, man glaubte so manches in aller Stille schaffen und veranlassen zu müssen, was, hätte man es mit Offenheit getan, auf äußere und innere Gegnerschaft gestoßen wäre.

Der neue Reichswehrminister will nun versuchen, hier Vertrauen zu heischen, will Wahrheit und Klarheit auch den Vertretern des Volkes gegenüber sprechen lassen, ebenso über die letzten so vielerörterten Dinge wie vor allem in der Zukunft. Keine Sonder- oder Geheimfonds mehr, sondern unbedingtes Festhalten am Etatsrecht und den daraus entspringenden Verpflichtungen. Denn anders sind die Zeiten geworden gegenüber jenen Jahren, deren Anormalität alle diese Fesseln sprengte und zu Heimlichkeiten und Unklarheiten verleitete. Wir haben uns abfinden müssen mit dem, was uns auferlegt wurde, und der Reichswehrminister ist entschlossen, aus der nun einmal gegebenen Situation die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Es gibt nichts mehr zu verbergen, braucht nichts mehr verborgen zu bleiben. Und es ist auch das beste so. Wir sind nicht mehr ein Volk wie das Preußen von 1813, das heimlich zum Befreiungskampf rüsten konnte. Anders sind die Zeiten geworden und anders die Welt, anders die Mittel, mit denen wir unsere einstige Befreiung herbeizuführen hoffen. Wir sind kein Machtfaktor mehr im militärischen Sinne und unsere Wehrmacht ist nur dazu bestimmt, unsere Grenzen zu schützen gegen überraschenden Angriff, bis der Völkerbund handelnd eingreift. Weil uns aber letzten Endes doch nur „das Weltgewissen" als Hilfe bleibt, soll die Welt auch erfahren, daß wir in der kleinen uns verbliebenen Wehrmacht nichts zu verbergen haben.

Gefährdung des Notprogramms?

Um das Gefrierfleisch.

Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Von verschiedenen Parteien wird neuerdings der Versuch gemacht, das Notprogramm durch Abänderungsanträge zu belasten. Wir können keinen Zweifel darüber lassen, daß der Versuch, den mühsam gewonnenen Ausgleich durch einseitige Zurücksetzung der landwirtschaftlichen Mindestforderungen zu stören, einer klaren und eindeutigen Ablehnung des Gesamtprogramms gleichzusetzen ist. Die Deutschnationale Volkspartei kann keinerlei Verantwortung für eine Zerstückelung des Notprogramms übernehmen. Sie muß die volle Verantwortung für ein daraus entstehendes Scheitern der Regierungsvorschläge demjenigen zuschreiben, welcher mit Abänderungsanträgen die Verabschiedung der Vorlagen stört.

Es handelt sich bei diesen Andeutungen zur Hauptsache um die Beschränkung der Gefrierfleischeinfuhr, über die man im Zentrum nicht einhelliger Auffassung ist und über deren Zweckmäßigkeit augenblicklich innerhalb der Fraktion die Meinungen noch schwanken.

Russisch-deutsche Schwierigkeiten

Unterbrechung der Verhandlungen mit Rußland.

Kabinettssitzung mit Marx.

Das Reichskabinett befaßte sich in seiner Donnerstagssitzung auch mit der Verhaftung der deutschen Ingenieure im russischen Donezgebiet. Nach der Beschlußfassung des Kabinetts dürfte in den nächsten Tagen eine Unterbrechung der seit mehreren Wochen geführten Handelsvertragsverhandlungen mit Rußland infolge der Verhaftungen Deutscher eintreten. Die beteiligten deutschen Wirtschaftskreise sollen wenig Neigung zeigen, in weitere Verhandlungen mit der Sowjetregierung einzutreten, da die Sicherheit von Vertretern deutscher Firmen in Rußland nicht gewährleistet erscheint.

Reichskanzler Dr. Marx präsidierte nach seiner Wiederherstellung zum erstenmal wieder dem Kabinett. Reichsaußenminister Dr. Stresemann besprach den Verlauf und das Ergebnis der letzten Tagung des Völkerbundrates in Genf, worauf der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Reichsminister i. R. Dr. Hermes, über seine Tätigkeit dem Kabinett Bericht erstattete. Dann kam die russische Angelegenheit zur Sprache. Wie verlautet, besprach das Kabinett auch die Fragen, die mit der weiteren parlamentarischen Entwicklung zusammenhängen. Auch Reichssparkommissar Dr. Sämisch war zu der Sitzung eingeladen.

Neue Verhaftungen im Donezgebiet.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Donezbecken neue Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befindet sich der Leiter des chemischen Trustes im Donezbecken. Die Verhaftung wird damit begründet, daß die Trustverwaltung die Werke wissentlich falsch geleitet habe.

Die Auseinandersetzung zwischen Berlin und Moskau über die Verhaftung der deutschen Ingenieure wird in London mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Man glaubt, dieser Auseinandersetzung besondere politische Bedeutung beimessen zu müssen.

Wieder Friedensberatungen in Genf

Eröffnung der Abrüstungskonferenz.

Vorschlag des Grafen Bernstorff.

Die Vorbereitende Abrüstungskommission trat Donnerstag in Genf unter dem Vorsitz des holländischen Gesandten in Paris, London, zu ihrer fünften ordentlichen Tagung zusammen. Der Vorsitzende begrüßte die türkische Mitarbeit und besprach sodann die als ersten Punkt auf der Tagesordnung stehenden Ergebnisse der Arbeiten des Sicherheitskomitees. Die zweite Tagung dieses Komitees im Juni müsse endgültig über ihre Beschlüsse entscheiden; auch müßten in dieser Junitagung die deutschen Vorschläge über kriegverhütende Maßnahmen des Rates behandelt werden.

Zum Abrüstungsantrag der Sowjetdelegation bemerkte der Vorsitzende, die Kommission müsse mit realpolitischem Sinn untersuchen, ob er praktisch durchführbar sei. Nach dem Vorsitzenden äußerte sich der türkische Gesandte in Genf, der die Friedenspolitik der Türkei betonte. Es gereiche ihr zur hohen Befriedigung, jetzt an den internationalen Verhandlungen teilzunehmen. Ihre Delegierten würden am Montag eintreffen.

Auf Vorschlag des deutschen Vertreters, des Grafen Bernstorff, der von dem Russen Litwinow unterstützt wurde, werden die Verhandlungen über die auf der Tagesordnung stehenden politischen Fragen bis zu dem Eintreffen der türkischen Delegation verschoben.

Offenlegung der Rüstungspläne.

Graf Bernstorff hat im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß schriftlich einen Antrag über die vollkommene Offenlegung aller die Abrüstung betreffenden Zahlen als einzige Möglichkeit zur schrittweisen Verwirklichung der Abrüstung eingebracht. Dieser Antrag, der sich auf Art. 6 der Völkerbundsatzung über die allgemeine, aber bis heute noch nicht erfüllte Verpflichtung zur Offenlegung der Rüstungszahlen bezieht, wird bei Behandlung des dritten Punktes der Tagesordnung des Abrüstungsausschusses zur Debatte gestellt werden.

Die „Emden" in der Heimat.

Ankunft in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven hatte einen großen Tag. Der Kreuzer „Emden", der durch seine 16monatige Weltreise viel von sich reden machte, ist nun nach dem Ausgangshafen zurückgekehrt. Die „Emden" war das erste deutsche Kriegsschiff, das eine Weltreise nach dem Kriege angetreten hat. Unter der Mannschaft befanden sich über 100 Kadetten, die ihren schweren Dienst mustergültig versahen.

Reichspräsident v. Hindenburg hat an den heimkehrenden Kreuzer „Emden" folgendes Begrüßungstelegramm geschickt: „Kommandant, Offizieren und Mannschaft des Kreuzers „Emden" rufe ich bei ihrer Rückkehr nach langer Fahrt ein herzliches Willkommen in der Heimat zu. Zugleich spreche ich der Besatzung meine Anerkennung für ihr musterhaftes Verhalten während der großen Reise aus."

Eupen und Malmedy.

Ministerpräsident Jaspar im Erobererton.

Die Anfrage des katholischen Senators Esser von Malmedy im Senat über die bedrängte Lage der von Deutschland abgetrennten deutschen Kreise wurde von dem belgischen Ministerpräsidenten beantwortet. Herr Jaspar schlug dabei einen erheblich forschen Ton an, der in den tatsächlichen Verhältnissen wohl kaum begründet erscheint. Er legte dar, daß seit 1925 die Kreise wie andere belgische Kreise verwaltet werden. Es handele sich um eine Frage der Gewöhnung an die Unterschiede zwischen der neuen und der früheren Verwaltungsmethode. Die Grenzfrage werde in freundschaftlichem Geist geregelt werden. Der Ministerpräsident machte dann einige Versprechungen an die unzufriedene Bevölkerung von Eupen und Malmedy und fuhr fort: „Den Bitten, die auf eine Revision der Volksabstimmung in den beiden Kreisen abzielen, antwortet die Regierung mit einem Nein. Die Vereinigung der Kreise mit Belgien ist endgültig. Diese Angelegenheit ist also beendet und es ist unzulässig, daß belgische Staatsangehörige, ob sie nun aus Eupen-Malmedy oder aus Brüssel stammen, auf einen Gegenstand zurückkommen wollen, über den die Diskussion geschlossen ist. Die belgische Regierung ist in dieser Beziehung unerschütterlich."

Die beiden von urdeutscher Bevölkerung bewohnten Kreise werden sich kaum je an die nun einmal in Belgien maßgebenden, von Paris abhängigen und alles Französische angeblich kopierenden Kräfte gewöhnen. Daran ändern auch die großspurigsten Worte des Herrn Ministerpräsidenten nichts.

Der Ozeanflug Hinchcliffes.

Widersprechende Meldungen über den Flug.

Der englische Pilot Hinchcliffe und seine Begleiterin müßten bei glattem Gelingen des Ozeanfluges längst in Philadelphia sein. Nun hat man bisher aber keine direkte Nachricht von ihnen, so daß

Gerüchten Tür und Tor geöffnet

ist. In der Nähe von St. Johns (Neufundland) soll sein Eindecker „Endeavour" gesichtet worden sein. Da Neufundland nur dünn bevölkert ist und dort zurzeit hoher Schnee liegt, kann man diese Meldung nicht nachprüfen.

Trotz des ungewissen Schicksals des Ozeanfliegers hat Philadelphia zum Empfang gerüstet wie einst Paris und Berlin, als Lindbergh bzw. Chamberlin über den Atlantik kamen.

Kläglicher Verlauf des Postfluges Südamerika—Paris.

Die erste Flugpost auf der von der französischen Gesellschaft „Latecoere" betriebenen Luftverkehrsstrecke Buenos Aires—Toulouse traf nach 13½ Tagen statt der vorgesehenen 9½ Tage in Paris ein. Dieses Ergebnis ist zudem nur dadurch erreicht, daß die Gesellschaft, nachdem ihr eigenes Flugzeug den Anschluß an den Nachtschnellzug nach Paris verfehlt hatte, ein besonderes Flugzeug für den Transport der Post nach Paris mietete

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF